

**Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
auf die Wahlprüfsteine des AK Berufsgesetz**

**1. Wie stehen Sie zu unserer Forderung, das „Gesetz über den Beruf des Logopäden“ durch ein neues Berufsgesetz für alle 12 in der Logopädie/Sprachtherapie tätigen Berufe in der kommenden (20.) Legislaturperiode zu ersetzen?**

Diese Forderung muss auf Bundesebene gelöst werden, da es hier einer bundeseinheitlichen Lösung bedarf. Nach der Akademisierung der Ausbildung können wir uns eine ähnliche Regelung wie im Psychotherapeutengesetz vorstellen. Wichtig ist dabei, dass auch die Ausbildung an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen) anerkannt wird und ähnliche Unsicherheiten wie beim Psychotherapeutengesetz vermieden werden.

**2. Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach einer hochschulischen Ausbildung als Regelausbildung für alle Berufstätigen im Bereich Logopädie/Sprachtherapie?**

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Akademisierung der Ausbildung der nicht-ärztlichen Heilberufe. Bei den Hebammen/Entbindungspflegern ist dieses Ziel durch europäischen Druck erreicht worden. Die hohe Nachfrage nach dem Studiengang zeigt, welche positiven Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufsbildes die Akademisierung haben kann. Darüber hinaus sehen wir in allen Gesundheitsberufen gewachsene Anforderungen an eine evidenzbasierte Patient\*innenversorgung, die aus unserer Sicht auch einer akademischen Ausbildung bedarf.

Aus unserer Sicht ist es jedoch auch wichtig zu betonen, dass für diese neuen Studiengänge den Hochschulen zusätzliche Finanzmittel des Bundes zur Verfügung gestellt werden müssen. Darüber hinaus muss geklärt werden, wie etwaige Ausfälle von Ausbildungsvergütungen durch die Aufnahme eines Studiums für die Studierenden gelöst werden können. Auch hier kann der Studiengang Hebammenwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Vorbild sein. Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass durch die Akademisierung die Voraussetzungen für den Ausbildungseinstieg nicht unnötig verschärft werden und potenzielle Auszubildende ohne Hochschulzugangsberechtigung nicht per se von der Ausbildung ausgeschlossen werden. Betrachtet man zusätzlich, dass im Bereich der Logopädie/Sprachtherapie bereits hochschulische Ausbildungen (wie z.B. die Sprechwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) bestehen, ist diese Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Berufstätigen im Bereich Logopädie/Sprachtherapie für DIE LINKE nicht nachvollziehbar.

**3. Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach einer primärqualifizierenden Ausbildung im Sinne der Definition des Wissenschaftsrates (2020)?**

Die Forderung nach einer primärqualifizierenden Ausbildung unterstützen wir. Sowohl für die Ausbildung der Studierenden als auch die Versorgung der Bürger\*innen des Landes wäre es aus unserer Sicht wichtig, dass die ausbildende(n) Hochschule(n) ihre Praxispartner\*innen im gesamten Bundesland suchen und nicht nur am jeweiligen Hochschulstandort. So wird eine Häufung (und ein etwaiger Mangel an Praktikumsplätzen) verhindert und potenzielle Standorte für die zukünftige Berufsausübung aufgezeigt.